

Energie-Control Austria
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Per Mail an
remit@e-control.at

Wien, 31.10.2014

Stellungnahme zum Entwurf der Energiegroßhandelsdatenverordnung

Sehr geehrte Damen und Herren,

nachstehend erlauben wir uns zu oben genanntem Entwurf Stellung zu nehmen.

Grundsätzliches

Die Regulierungsbehörde ist gemäß §§ 24 Abs 1 Z 4 sowie 25a Abs 2 E-ControlG berechtigt Daten zu erheben und deren Details durch Verordnung zu bestimmen, sofern sie zur Erfüllung ihrer durch die REMIT (EU Verordnung Nr. 1227/2011) übertragenen Aufgaben benötigt werden.

Hintergrund der Energiegroßhandelsdatenverordnung

Im Vorblatt des Entwurfes der Energiegroßhandelsdatenverordnung (EGHD-VO) wird erwähnt, dass mit einem Verzug des Inkrafttretens der Durchführungsverordnung über Monate bzw. Jahre gerechnet wird. So lange könne mit der Überwachung des Handels mit Energiegroßhandelsprodukten auf nationaler Ebene, aufgrund des gesetzlichen Auftrages gemäß § 24 Abs 1 Z 4 E-ControlG, nicht gewartet werden. Um dem nachkommen zu können, sei es notwendig, zunächst auf nationaler Ebene eine umfangreiche Verordnung zu erlassen, die dann nach Inkrafttreten der Durchführungsverordnung entsprechend zu reduzieren sei.

Vorgabe des Gesetzgebers

Um eine effektive Überwachung des österreichischen Energiegroßhandelsmarktes zu gewährleisten, zeigt der Gesetzgeber in seinen Erläuterungen zum § 25a Abs 2 E-ControlG unmittelbar nach Inkrafttreten der REMIT-VO den Handelsbedarf der Regulierungsbehörde auf, eine umfangreiche Verordnung zu erlassen und diese entsprechend nach dem Inkrafttreten der Durchführungsrechtsakte zu reduzieren (vgl. IA 2323/A XXIV. GP, 12.).

Der vorliegende Entwurf zur EGHD-VO weicht von diesen Vorgaben ab. Der Entwurf der Durchführungsverordnung ist am 3. Oktober 2014 derart konkretisiert worden, dass diese nur mehr von der Kommission und vom Rat erlassen und im Europäischen Amtsblatt veröffentlicht werden muss. Von einer Verzögerung über Jahre kann daher

nicht mehr gesprochen werden. Es wäre entgegen dem gesetzlichen Auftrag, jetzt noch kurz vor dem tatsächlichen Inkrafttreten der Durchführungsverordnung eine zusätzliche nationale Verordnung über die Meldung von Energiegroßhandelsdaten zu erlassen. Außerdem wäre ein solcher Erlass unverhältnismäßig, weil die EGHD-VO entsprechend dem gesetzlichen Auftrag nach Inkrafttreten der Durchführungsverordnung rückzubauen ist.

Hintergrund von Durchführungsrechtsakten

Des Weiteren widerspricht eine zusätzliche Meldung derselben Energiegroßhandelsdaten auf nationaler Ebene der Grundintention einer Durchführungsverordnung. Das Komitologieverfahren wurde im Vertrag von Lissabon mit den Artikeln 290 (delegierte Rechtsakte) und 291 (Durchführungsrechtsakte) neu geregelt und damit ausdrücklich festgelegt, dass im Falle von Artikel 291 Durchführungsrechtsakte nicht Sache der Mitgliedstaaten sind. Durchführungsrechtsakte sollen dann erlassen werden, wenn ein europaweit einheitlicher Vollzug von Unionsrecht erforderlich ist. Ein einheitlicher Vollzug der REMIT-VO ist mit einer zusätzlichen nationalen Energiegroßhandelsdatenverordnung wenig gewährleistet. Darüber hinaus stellt die EGHD-VO eine Ungleichbehandlung jener Marktteilnehmer dar, die am österreichischen Energiegroßhandelsmarkt tätig sind. Derzeit plant unseres Wissens keine weitere nationale Regulierungsbehörde den Handel mit Energiegroßhandelsprodukten auf nationaler Ebene neben der REMIT-VO zu regeln.

Hauptanliegen

Um den Aufwand für alle betroffenen Marktteilnehmer gering zu halten, plädieren wir dafür, die Entwicklungen der Durchführungsrechtsakte zu berücksichtigen und die Datenmeldepflicht frühestens zeitgleich mit der Datenmeldepflicht unter der REMIT-VO zu starten. Vor diesem Hintergrund sollten die unten angeführten Änderungsvorschläge unbedingt berücksichtigt werden.

Im Detail

§ 2 iVm § 4 EGHD-VO

Die Definition des Meldeverpflichteten ist in den Begriffsbestimmungen des § 2 noch ausständig.

§ 3 EGHD-VO

Die EGHD-VO sollte um eine Bestimmung ergänzt werden, die ausdrücklich festlegt, dass bereits unter EMIR (EU Verordnung Nr. 648/2011) gemeldete Daten nicht noch einmal gemeldet werden müssen.

§ 4 (1) EGHD-VO

Identische Formate für die Datenübermittlung an ACER und die Regulierungsbehörde sind unbedingt sicher zu stellen, um einen überproportionalen technischen Aufwand zu verhindern.

§ 4 (4) EGHD-VO

Es sollte sichergestellt werden, dass der Zeitpunkt der Datenübermittlung mit der Durchführungsverordnung übereinstimmt.

§ 4 (8) EGHD-VO

Um ein doppeltes Backloading zu vermeiden und den technischen Aufwand gering zu halten, sollten die Stichtage dieser Norm an das Inkrafttreten der Durchführungsverordnung anknüpfen.

§ 5 EGHD-VO

Wie im Vorblatt des Entwurfes der EGHD-VO und im IA 2323/A XXIV. GP, 12 sollte auch im Entwurf der EGHD-VO festgehalten werden, dass die EGHD-VO nach dem Inkrafttreten der Durchführungsrechtsakte entsprechend zu reduzieren ist.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und ersuchen um Berücksichtigung unserer Kommentare.

Für allfällige Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

e&t Energie Handelsgesellschaft m.b.H.

Dr. Christian Hennerbichler
Geschäftsführer

Dr. Paul Kaluza
Geschäftsführer